



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

PRESSEKONFERENZ
HELSINKI, 6. MAI 2004
EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich freue mich, Sie auf unserer Pressekonferenz hier in Helsinki begrüßen zu dürfen, wo der EZB-Rat heute zum neunten Mal außerhalb Frankfurts getagt hat. Ich möchte mich an dieser Stelle bei dem mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragten Gouverneur Matti Louekoski für seine Einladung und Gastfreundschaft bedanken. Mein Dank gilt auch den Mitarbeitern der Suomen Pankki – Finlands Bank für die perfekt organisierte Sitzung. Wir bedauern zutiefst, dass Matti Vanhala aus dem Amt ausscheiden musste und wünschen ihm alles Gute.

Ich möchte Ihnen nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats berichten. Auf der Grundlage unserer regelmäßigen Analyse der wirtschaftlichen und monetären Entwicklung gehen wir auch weiterhin davon aus, dass Preisstabilität auf mittlere Sicht gewährleistet ist, d. h., unsere Beurteilung des geldpolitischen Kurses hat sich nicht geändert. Wir haben daher die **EZB-Leitzinsen** unverändert auf ihrem gegenwärtigen niedrigen Stand belassen. Die niedrigen Zinssätze über das gesamte Laufzeitenspektrum hinweg tragen auch zur wirtschaftlichen Erholung im Euroraum bei. Wie immer werden wir alle Entwicklungen, die unsere Einschätzung der Risiken für die Preisstabilität auf mittlere Sicht beeinflussen könnten, weiter sorgfältig beobachten.

Ich möchte nun unseren Beschluss näher erläutern und dabei zunächst auf die **wirtschaftliche Analyse** eingehen. Betrachtet man die derzeitige Situation und die nahe Zukunft, so vermitteln die verfügbaren Konjunkturindikatoren weiterhin ein uneinheitliches Bild. Insgesamt weisen sie darauf hin, dass die realwirtschaftliche Konjunkturaufhellung sich auch 2004 – wenngleich in

etwas gemäßigtem Tempo – fortgesetzt hat. Die jüngsten Informationen waren vielversprechender; von den neuesten Umfragedaten gehen positivere Signale für den Beginn des zweiten Quartals aus.

Zwar müssen die jüngsten positiven Signale durch die zukünftige Entwicklung bestätigt werden, doch untermauern sie die Erwartung, dass sich die allmähliche Erholung im Euro-Währungsgebiet fortsetzen und beschleunigen wird. Die Voraussetzungen für eine solche Erholung sind gegeben.

Zum einen ist das Wachstum der Weltwirtschaft weiterhin robust und der Welthandel hat an Intensität gewonnen. Die weltweite Konjunkturbelebung ist breit fundiert, sowohl geographisch als auch mit Blick auf die Sektoren, und bietet somit ein günstiges außenwirtschaftliches Umfeld für das Eurogebiet. Vor diesem Hintergrund gehen wir von einem deutlichen Anstieg der Exporte des Euro-Währungsgebiets in diesem und im nächsten Jahr aus. Zum anderen dürften günstige Finanzierungsbedingungen, eine verbesserte Effizienz und Ertragslage der Unternehmen und die kräftige weltweite Nachfrage die Investitionen stützen. Der Anstieg des verfügbaren Realeinkommens dürfte sich positiv auf den Verbrauch auswirken, vor allem da für es für die privaten Haushalte offenbar keine Finanzierungsengpässe gibt, die einem Anstieg der Konsumausgaben entgegenstehen könnten. Im Zeitverlauf sollten die Konsumausgaben auch durch eine Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt gestützt werden.

Diese Überlegungen stützen unser Vertrauen in eine Fortsetzung der wirtschaftlichen Erholung. Unsere Erwartung deckt sich auch mit den verfügbaren Prognosen und Projektionen und steht im Einklang mit der Entwicklung der Finanzmärkte in den vergangenen Wochen. Natürlich ist jede vorausschauende Analyse mit Risiken und Unsicherheiten behaftet. Außenwirtschaftlich ergeben sich Risiken auf kürzere Sicht aus den negativen Terms-of-Trade-Effekten des jüngsten Preisanstiegs bei Öl und sonstigen Rohstoffen, während auf mittlere Sicht die anhaltenden weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte gewisse Unsicherheiten in sich bergen. Binnenwirtschaftlich betrachtet scheinen die Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Finanzpolitik und den Strukturreformen in einigen Euro-Ländern einer stärkeren Erholung des Verbrauchervertrauens entgegengewirkt zu haben. Ein anhaltendes Bekenntnis zu und mehr Klarheit über Inhalt und zeitlichen Ablauf dieser grundlegenden Reformen sowie ein besseres Verständnis ihrer Notwendigkeit und ihres Nutzens für alle Bürger würde dazu beitragen, diese Unsicherheit zu beseitigen und die damit verbundenen Risiken für die Konjunktur im Euro-Währungsgebiet zu mindern.

Was die Preisentwicklung betrifft, so wird es in den kommenden Monaten zu einer gewissen kurzfristigen Volatilität bei den HVPI-Inflationsraten kommen, wie wir bereits auf früheren EZB-Ratssitzungen zum Ausdruck gebracht haben. Der Vorausschätzung von Eurostat zufolge lag die jährliche am HVPI gemessene Teuerungsrate im April bei 2,0 %, nach 1,7 % im März. Obgleich bisher noch keine genauen Angaben vorliegen, dürfte der jüngste Anstieg der jährlichen

Teuerungsraten vor allem auf einen kräftigen Basiseffekt in der Energiepreiskomponente aufgrund des deutlichen Rückgangs der Ölpreise vor Jahresfrist zurückzuführen sein. Zudem haben die jüngsten Ölpreiserhöhungen zusätzlich Druck auf die Preise ausgeübt. Da diese Faktoren auch in den kommenden Monaten eine Rolle spielen werden, sind kurzfristig Inflationsraten von 2 % oder etwas mehr als 2 % durchaus möglich. Trotz der zuletzt verzeichneten weniger günstigen Entwicklungen gehen wir davon aus, dass die Inflationsraten über längere Zeiträume hinweg weiterhin mit Preisstabilität im Einklang stehen werden. Insbesondere ist mit einer Fortsetzung der moderaten Lohnentwicklung zu rechnen. Diese Ansicht wird auch durch die neuesten Daten zum Lohnzuwachs im vierten Quartal 2003 untermauert.

Unsere Einschätzung der Preisentwicklung deckt sich mit den verfügbaren Prognosen und Projektionen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt allerdings könnte der Anstieg der Rohstoffpreise im Allgemeinen und der Ölpreise im Besonderen eine Gefahr für die Preisstabilität bergen. Daher muss der Entwicklung der Inflationserwartungen nach wie vor besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Was die **monetäre Analyse** angeht, so hat sich das jährliche M3-Wachstum seit letztem Sommer nur langsam abgeschwächt. Zwar gibt es Belege für anhaltende Portfolioumschichtungen von M3-Instrumenten hin zu längerfristigen Aktiva, doch verläuft diese Anpassung noch zögerlich. Sowohl die Geldmengen- als auch die Kreditentwicklung werden weiterhin von dem historisch niedrigen Zinsniveau im Eurogebiet unterstützt und spiegeln möglicherweise auch die Verbesserung des wirtschaftlichen Umfelds in den letzten Quartalen wider.

Angesichts des anhaltend starken Geldmengenwachstums ist die Liquiditätsversorgung im Euro-Währungsgebiet nach wie vor reichlich. Wie sich diese hohe Liquidität mittelfristig auf die Inflation auswirken wird, hängt von der künftigen Entwicklung der Wirtschaft und der Finanzmärkte ab. Sollte der Liquiditätsüberschuss anhalten, könnte er auf mittlere Sicht zu einem Inflationsdruck führen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass das Hauptszenario der mittelfristigen Aussichten für die Preisentwicklung der wirtschaftlichen Analyse zufolge mit Preisstabilität im Einklang steht. Eine **Gegenprüfung** anhand der monetären Analyse ändert zum jetzigen Zeitpunkt nichts an dieser Einschätzung.

Wie üblich möchte ich einige Bemerkungen zu anderen Politikbereichen im Euro-Währungsgebiet anfügen. Mit Blick auf die **Finanzpolitik** sieht der EZB-Rat zunehmenden Grund zur Sorge. Nach den letzten Kommissionsprognosen wird nicht davon ausgegangen, dass sich die durchschnittliche Haushaltsposition des Eurogebiets im laufenden oder kommenden Jahr deutlich bessert. Eine wachsende Zahl von Ländern dürfte erhebliche Ungleichgewichte aufweisen, während die

Bemühungen um eine Konsolidierung der Staatsfinanzen hinter den Zusagen zurückbleiben dürften. Es kommt darauf an, dass alle betroffenen Länder versuchen, diese Sorgen durch glaubhafte Anstrengungen zu zerstreuen. Entsprechende Maßnahmen sollten im Rahmen einer umfassenden Reformstrategie getroffen werden. Dies würde den in Gang gekommenen Konjunkturaufschwung unterstützen, indem das Vertrauen in gesunde öffentliche Finanzen gestärkt und die Aussichten für ein künftiges wirtschaftliches Wachstum verbessert werden. Der EZB-Rat begrüßt die Kommissionsentscheidung, eine Reihe von Ländern zu stärkeren Konsolidierungsanstrengungen aufzufordern.

Was die **Strukturreformen** betrifft, so bekräftigt der EZB-Rat seine Auffassung, dass diese Reformen unerlässlich sind, wenn das Wachstumspotenzial des Euroraums spürbar ausgeweitet werden soll. Insbesondere die Beschäftigungsquote und das Wachstum der Arbeitsproduktivität im Eurogebiet müssen deutlich gesteigert werden. Im Anschluss an unsere Diskussion in Finnland möchte ich betonen, dass dies eine Stärkung der technischen und wissenschaftlichen Grundlagen sowie deren Anwendung im Euro-Währungsgebiet insgesamt erfordert, getragen durch große Anstrengungen zur Verbesserung des Humankapitals unserer Volkswirtschaft. In diesem Zusammenhang sind wir insbesondere darüber besorgt, dass die Jugendarbeitslosigkeit in einigen Ländern weiterhin hoch ist. Um die genannten Ziele zu erreichen, muss die Umsetzung struktureller Reformen sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene verstärkt werden. In der Vereinbarung von Lissabon wird das Problem auf hervorragende Weise diagnostiziert, und es herrscht ein großes Verständnis darüber, welche Maßnahmen zur Bewältigung des Problems zu ergreifen sind. Wir unterstützen die laufenden Reformen eindringlich, die im gesamten Euroraum beschleunigt werden sollten. Es ist wichtig, dass verstanden wird, dass es allen besser gehen wird – und höheres Wachstum erzielt wird und mehr Arbeitsplätze geschaffen werden –, sobald die in der Vereinbarung von Lissabon enthaltenen Reformen vollständig durchgeführt werden.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank
Abteilung Presse und Information
Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main
Tel.: +49 (69) 1344-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404
Internet: <http://www.ecb.int>
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.